

Nov/Dez 2014

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Alte Leier Vorratsdatenspeicherung ...

Egal ob 11. September 2001, Unterhosenbomber oder Breivik: Auf jeden verhinderten oder ausgeführten Anschlag reagiert die Politik mit einer weiteren Verschärfung von Sicherheitsgesetzen und insbesondere in den letzten 20 Jahren mit einem massiven Ausbau der staatlichen Überwachung. Relativ neu ist die pauschale und anlasslose Sammlung, Speicherung und Auswertung ganzer Kategorien von Daten, wie etwa die Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten der Telekommunikation oder die im Kern genauso angelegte Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten.

Dass mit diesen Maßnahmen einerseits massive Einschränkungen von Grundrechten verbunden sind, andererseits aber bis zum heutigen Tag weder Notwendigkeit noch Effizienz der Maßnahmen öffentlich nachvollziehbar demonstriert worden sind, hat bisher nicht gestört. Gestört hat auch nicht, dass diese Programme die Anschaffung milliardenteurer Technik voraussetzen, Milliarden, die vor allem heute sehr gut anderweitig gebraucht würden. Mitte dieses Jahres schien es, als habe ausgerechnet der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg, eine sanfte Wende hin zu einer mehr vernunftorientierten Politik eingeleitet. Dieser hatte nämlich in einem seitdem vielzitierten Urteil die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung der Telekommunikationsdaten annulliert, mit der Begründung, dass genau die dort vorgeschriebene anlasslose und pauschale Speicherung aller Daten gegen die Europäische Grundrechtecharta verstoße. Wenige Monate zuvor hatte das Europaparlament eine geplante Richtlinie zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten nicht angenommen.

Mit dem Aufstieg von ISIS in Syrien und Irak und der wirklich erschütternden Tatsache, dass Menschen aus Europa in die Krisengebiete reisen, um dort in den Reihen von ISIS zu kämpfen, haben der Sicherheitswahn und seine Anhänger neuen Aufwind bekommen. Um es ganz klar zu sagen: das verstärkte Vorkommen dieser sogenannten Foreign Fighters ist in dieser Form neuartig und ein Problem, dem sich die Politik, dem wir uns stellen müssen.

Aber nicht, indem wir die alte Leier auspacken und Methoden beschließen, die in den vergangenen Jahren ebenfalls keinen messbaren Erfolg hatten. Der Sicherheitsrat der UN hat alle Staaten der Erde aufgefordert, ausgerechnet eine Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten einzuführen, um Foreign Fighters zu identifizieren und entweder bei Aus- oder Einreise festsetzen zu können. Nur: wie soll das funktionieren? Wird nun jeder Verdächtig, der in die Türkei reist? Solch eine Antwort wird uns sicher nicht weiter bringen.



Oft wird betont, wie groß die Anziehungskraft von ISIS ist. Das wird einfach hingenommen. Aber wenn 2000 bis 3000 Tausend Menschen, die jahrelang normal in Europa gelebt haben, plötzlich ISIS attraktiver finden als ihr Leben in Europa, können wir das nicht einfach hinnehmen. Wir müssen fragen, worin diese Faszination besteht, herausfinden, was in unseren Gesellschaften vielleicht schief gelaufen ist und noch immer schief läuft. Natürlich kann man versuchen, dem Problem mit Repression und der Einschränkung von Freiheitsrechten für alle zu begegnen. Aber lösen wird man es so sicher nicht. Wer ernsthaft eine Lösung sucht, muss nach den Ursachen fragen und sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden geben. Wer das nicht tut, dem bleibt nichts übrig als sich zu wundern: 20 Jahre mehr Überwachung, und die Welt ist noch immer nicht sicherer geworden.

Cornelia Ernst, Lorenz Krämer.

+++Termine+++

13. 12. Parteitag Rheinland-Pfalz, Rammelsbach.

19.12. Europapolitische SprecherInnen, Berlin.

Alle Informationen zur politischen Arbeit von und mit Cornelia Ernst sowie alle Termine findet ihr hier: www.cornelia-ernst.de

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz 60, W1B 03 M 19
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Anja Eichhorn
Anton Hörtels
europa@cornelia-ernst.de

Pressekontakt: presse@cornelia-ernst.de

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Nov/Dez 2014



Zu den Fraktionsstudientagen in Florenz

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament, GUE/NGL, hielt vom 18.-20. November ihre Studientage in Florenz ab. Traditionell finden die Studientage in dem Land statt, welches die Ratspräsidentschaft zu dieser Zeit hat und das ist im Moment Italien.



Die Studientage hatten ein umfangreiches und dicht gedrängtes Programm. Dabei war die Jugendarbeitslosigkeit in der EU aufgrund der Kürzungspolitik der vergangenen Jahre Schwerpunkt der Beratungen. Dabei kam insbesondere die Lage der südeuropäischen Länder zur Sprache. Interessant waren die Ausführungen zur Kürzungspolitik der einzelnen Staaten im Bereich der Kultur. Aktuell wurde die OrchestermusikerInnen und OpernsängerInnen der Oper Rom gekündigt. Griechenland gibt auf Druck der Troika nur noch 0,25 Prozent des Staatshaushalts für Kultur aus. Aber auch das geplante Freihandelsabkommen der USA mit der EU (TTIP) sowie die Asyl- und Migrationspolitik der EU waren Themenschwerpunkte. Den Aufschlag dazu machte unsere Abgeordnete Cornelia Ernst. Hierzu sprach ein Flüchtling aus Eritrea über die Lebensverhältnisse in seinem Land und über seine Flucht über das Mittelmeer. Er hatte das „Glück“, von einem italienischen Kriegsschiff gerettet worden zu sein. Anschaulich konnte er von seinen Problemen in Italien berichten.

Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA sowie eine neue Architektur des internationalen Handels wurden ebenfalls kontrovers diskutiert. So vertrat der Professor der Ökonomie Mario Pianti die Auffassung, dass an der Krise in der EU zu großen Teilen die Niedriglohnpolitik Deutschlands Schuld sei und als eine Problemlösung sah er die Abschaffung des Euro.

Am Mittwochabend gab es die Gelegenheit zu Gesprächen mit italienischen AktivistInnen und den Abschluss der Abends bildete ein Konzert der italienischen Ska-Punk-Band Banda Bassotti, bei der der Schlagzeuger hinter einer DDR-Fahne saß. Zum Abschluss der Stu-

dientage fand eine Fraktionssitzung statt. Dabei wurde insbesondere die Haltung der Fraktion zum Besuch des Papstes im Europäischen Parlament sehr kontrovers diskutiert. Die Vertreter der französischen Front de gauche riefen dabei zu einem Protest vor dem Parlament auf. Aber auch die deutsche Delegation war in ihrer Haltung gespalten.

Zum Abschluss gab es noch einen kulturellen Höhepunkt. Die Fraktion besuchte die weltbekannte Galerie in den Uffizien und den quer durch die Altstadt von Florenz führenden geheimen Gang der Medici vom Palazzo Vecchio, dem Rathaus, zum Palazzo Pitti, dem Wohnsitz der Fürstenfamilie. Der Vasarikorridor ist heute eine Ausstellung von Selbstporträts von Malern aus der Vergangenheit bis zum heutigen Tag. *Jan-Robert Karas.*

Kehrtwende in der Asylpolitik - Jetzt!

Das Recht auf Asyl ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute wird dieses Menschenrecht vollständig unterhöhlt. Zur Bekämpfung von Migration – in erster Linie reden wir über Menschen in Not – werden im Rahmen des Schengen-Systems seit Jahren immer mehr Instrumente in Stellung gebracht, wie FRONTEX, EUROSUR, die Fingerabdruckdatenbank EURODAC oder das Schengener Informationssystem. Die Folgen davon können wir heute an den Grenzen der EU beobachten. Die Bekämpfung und Herabwürdigung von Flüchtlingen findet aber nicht nur durch die EU, sondern durch alle politischen Ebenen statt. Indem in Deutschland die Verantwortung für die Unterbringung von Flüchtlingen auf die Kommunen abgeschoben wird, diese aber weder eingebunden noch finanziell ausreichend ausgestattet werden, werden Aufnahme Standards systematisch unterlaufen.

Von den BürgerInnen wie auch den Bürgermeistern und Landräten wird immer wieder kritisiert, dass sie zu spät informiert werden, Entscheidungen erst aus den Medien erfahren bzw. vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ein Teil der Probleme würde bei rechtzeitiger Information und Kommunikation gar nicht erst entstehen. Diese Politik kann nicht weitergeführt werden! Um eine Kehrtwende einzuleiten setze ich mich dafür ein, dass im Europaparlament eine Untersuchungsgruppe gebildet wird, die sich eingehend und investigativ mit den zahlreichen bestehenden Missständen beschäftigen soll und einen Ansatz für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik erarbeiten, die nicht nur auf Grenzsicherheit konzentriert sondern die Not und die Würde der Geflüchteten in den Mittelpunkt stellt! Weiter aktuell bleibt der Kampf gegen Rassismus, wie die jüngsten Demonstrationen in Dresden zeigen. Diesen müssen wir uns entgegenstellen!